

Der Gewerkschaffter

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold

Mit den illustrierten Beilagen „Freizeitstunden“, „Unser Heimat“, „Die Woche vom Tage“.

Bezugspreise: Monatlich 1.00, Einzelnummer 10 Pfennig. Erscheint an jedem Werttag. Derzeitige Zeitung im Oberamtsbezirk. Schriftleitung, Druck und Verlag von G. W. Zoller (Joh. Rosl Zoller) Nagold, Marktstraße 14



Mit der landwirtschaftlichen Wochenbeilage: „Saus, Garten und Landwirtschaft“

Anzeigenpreise: 1 spaltige Beilage-Zeile über dem Raum 20 J. Familien-Anzeigen 15 J. Restamettele 60 J. Sammel-Anzeigen 50% Ruffschlag. Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Aufträgen und an besonderen Plätzen, wie für Telefon, Wasser und Gas, Anzeigen wird keine Gebühr übernommen

Legel-Adresse: Gesellschaft Nagold. — In Fällen überer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Postk. No. Stuttgart 1113

Nr. 65

Gegründet 1827

Donnerstag, den 19. März 1931

Fernsprecher Nr. 29

105. Jahrgang

Tagespiegel

Das Befinden des Reichstagsabgeordneten Hermann Müller hat sich so verschlimmert, daß mit dem Ableben gerechnet werden muß.

Das Reichskabinett beschäftigte sich am Mittwoch mit der durch die Ablehnung des Genfer Handelsabkommens geschaffenen handelspolitischen Lage.

Das braunschweigische Staatsministerium hat den kommunalistischen Antrag betr. Volksbegehren für Landtagsaufhebung abgewiesen, solange die gesetzlich vorgeschriebenen 2000 Unterschriften nicht beigebracht seien.

In Wien ist am Mittwoch die sechste mitteleuropäische Wirtschaftstagung eröffnet worden. 200 Vertreter aller mitteleuropäischen Staaten nehmen teil. Bundspräsident Mittas eröffnete die Tagung mit einer Ansprache.

In der ersten Sitzung des neu gewählten Zentralerekutivkomitees der UdSSR in Moskau wurden die sieben Vorhändeln, an erster Stelle Kalinin und der Sekretär des Zentralerekutivkomitees, gewählt.

In Pannagua, Bezirk Mirapur, kam es zu ersten Zusammenstößen zwischen Hindus und Mohammedanern.

Brüning an das deutsche Handwerk

Förderung der Selbsthilfe

Berlin, 18. März. Auf der Obermeistertagung des Berliner und märkischen Handwerks hielt gestern Reichstagskanzler Dr. Brüning, wie bereits kurz berichtet, eine Rede. In der Vergangenheit sei beim Wiederaufbau mit Vorsicht zu Werke gegangen worden, doch wenn man bei diesem vorläufigen Tempo geblieben wäre, so würde es heute keine Reichsregierung geben, die fast jeden Tag unpopuläre Beschlüsse auf sich zu nehmen habe. Man habe Gekochte gemacht, die während der Hochkonjunktur eine finanzielle Grundlage hatten, die aber bei dem Verschwinden dieser Hochkonjunktur in sich selbst zusammenbrachen. Und obwohl im Reichstag oftmals war in der Stille erheben wurden, habe man den eingeschlagenen Weg nicht verlassen, nicht nur, weil sich die Politik geteilt habe, sondern auch ein großer Teil der öffentlichen und privaten Wirtschaft. Hunderttausende von Arbeitswilligen seien dadurch aus dem Produktionsprozess ausgeschlossen worden und fallen jetzt der Wohlfahrtsfürsorge zur Last. Im selben Maß der Rationalisierung seien deshalb auch die allgemeinen Löhne angefallen, wobei nicht vergessen werden dürfe, daß der bei der Rationalisierung der Betriebe erwartete Gewinn oftmals gar nicht eingetreten sei. Wenn man nun heute mit Reformmaßnahmen komme, so sei aus diesem Grund naturgemäß ein Tempo und Schärfe dieser Reformen bedeutend größer.

Für Deutschland komme es nun darauf an, seine politische und wirtschaftliche Stabilität wiederzuerlangen. Es sei Aufgabe, aus den Fehlern der vergangenen Jahre zu lernen. Selbstverständlich könne Deutschland die Reparationen unter keinen Umständen auf die Dauer ertragen. Wenn man aber eine Revision wolle, dann müsse man auch den Mut haben, das eigene Haus in Ordnung zu bringen. Wenn sich das deutsche Volk immer über seinen Zustand klar gewesen wäre, und wenn alle Regierungen nach der Revolution den Mut gehabt hätten, die Bücher aufzulegen und zu zeigen, was Deutschland überhaupt noch hatte, dann wäre die ganze Frage anders gelaufen. Und wenn man rechtzeitig Steuern gemacht hätte, dann brauchte man sich heute nicht darum zu streiten, wann und in welchem Tempo die Steuern getürzt werden könnten; dann wären wir in geordnete wirtschaftliche Verhältnisse hineingekommen. Man habe aber die Augen zugemacht. Die populären Steuererhöhungen des Reichstags seien kein Gewinn gewesen; denn dafür hätten die Realsteuern der Gemeinden erhöht werden müssen. Und nun komme es darauf an, nachdem die Reichsfinanzen einigermaßen in Ordnung gebracht seien, die Gewandung der Gemeindefinanzen herbeizuführen. Die ewige Steigerung der Realsteuern müsse zu einem Ende kommen; denn gerade diese Steuern haben eine preissteigernde Wirkung. Nun dürfe man allerdings nicht erwarten, daß es möglich sei, dieses oder jenes Gesetz im Handumdrehen zu ändern; es komme vielmehr darauf an, einmal zu einem System der Beeinflussung unserer Wirtschaft durch unsere gesamte Gesetzgebung zu kommen. Diese Maßnahmen könnten aber auf die Dauer keinen Erfolg bringen, wenn gleichzeitig die Last der Reparationen so bleibe, wie sie heute sei.

Aber auch die Situation müsse geschlossen werden, daß immer nur der Staat der letzte Retter sei. Vertrauen auf sich selbst und die Selbsthilfe, das seien immer die entscheidenden Momente gewesen. Und ein Volk, das sich immer selbst zu helfen wisse, könne niemals zugrunde gehen. Der Staat habe die Selbsthilfe zu fördern. In den vergangenen Jahren haben wir den großen Fehler gemacht, viel zu viel Geld der öffentlichen Hand für die zusätzliche Arbeitsbeschaffung auszuwerfen, wodurch eine Steigerung der Preise und Löhne eingetreten sei. Dadurch seien die Kassen leer geworden. Aus diesem Grund müsse auch nach dieser Richtung hin eine gewisse Planmäßigkeit in die gesamte öffentliche Wirtschaft kommen.

Die Verständigung in Berlin

Berlin, 18. März. Zu den Besprechungen des Reichstagskanzlers mit den Führern der Sozialdemokratie bemerkt der „Vorwärts“, strittig seien noch die sozialdemokratische Lantiemensteuer und mehr die Erhöhung des Reizpfefers bei der Einkommensteuer. Der Widerstand gehe in erster Linie noch von der Deutschen Volkspartei aus, während die Gegnerschaft der Regierung nicht unüberwindbar sei, wenn dafür gewisse Vorlagen der Regierung von der Sozialdemokratie nicht zu Fall gebracht werden. (Gemeint ist offenbar der Panzerkreuzer B.) Bezüglich der von der Regierung gewünschten Ermächtigung zur selbstständigen Festlegung der Agrar- und Industriezölle wünsche die Sozialdemokratie unter allen Umständen eine Gefährdung der Handelsbeziehungen zum Ausland und eine Austerierung der Lebenshaltung zu vermeiden. Eine Uebereinstimmung über den Inhalt des Ermächtigungsgesetzes, auch bezüglich der von der Deutschen Volkspartei verlangten „Verpflichtung des Reichsfinanzministers zu größter Sparsamkeit“ liege noch nicht vor. Die Sozialdemokratie ver-

lange, daß von dieser Sparsamkeitsverpflichtung die Reichszuschüsse zur Sozialversicherung, Kriegsfürsorge usw. ausgenommen werden. Reueungsunterschieden bestehen auch noch über die von der Reichsregierung gewünschte Vertagung des Reichstags bis Oktober oder November.

Konferenz der Innenminister

Berlin, 18. März. Unter Vorsitz des Reichsinnenministers Dr. Brüning trafen heute vormittag die Innenminister verschiedener Länder im Reichsinnenministerium zusammen. In den Besprechungen nahmen teil die Minister Seegering, Preußen, Stähler-Bauern, Richter-Sachtlein, Dr. Holz-Württemberg, Wittmann-Baden, Leuchner-Hessen und Senator de Chapeaurouge-Hamburg, Thüringen und Braunschweig waren nicht vertreten. Es handelte sich um Maßnahmen gegen Ausschreitungen der radikalen Parteien.

Zunehmende Umtriebe der Sonderbündler

Saarbrücken, 18. März. Der Direktor der französischen Schule in Püttlingen hat am 16. März Beamte und Bergarbeiter zu einem Elternabend eingeladen. Aus dem ganzen Saargebiet kamen die Sonderbündler zusammen, im ganzen 200 Mann, darunter der berühmte „Franken“-Beder. Der Stäger Lauer forderte in einer Ansprache, die französische Bergwerksverwaltung solle jeden deutschen Beamten und Arbeiter, der sich weigere, seine Kinder in die französischen Schulen zu schicken, entlassen oder sonstwie bestrafen, dagegen sollen diejenigen, deren Kinder die französischen Schulen besuchen, auf jede Weise bevorzugt werden.

Vor solch erbärmlichen Kreaturen kann man nur den tiefsten Ekel empfinden.

Das nennt man Rechtsprechung!

Saarbrücken, 18. März. Vor dem Obergericht stand in diesen Tagen die Berufung eines Mannes zur Verhandlung, der wegen eines jahrelangen Kraftwagenunfalls mit Todeserfolg 21 Monate Gefängnis erhalten hatte. Wegen Verpöschung des Saargebietes waren der Verteidiger und die Zeugen nicht pünktlich zur Stelle. Während es sonst üblich ist, mit dem Beginn der Verhandlungen so lange zu warten, bis die Benutzer dieses Raumes anwesend sein können, wurde diesmal sofort in die Verhandlung eingetreten. Die Zeugen wurden wegen unentschuldigter Fernbleibens zu je 100 Franken Geldstrafe verurteilt. Sodann legte der Vorsitzende dem Angeklagten die Frage vor, ob er die Berufung zurückziehe oder drei Jahre Gefängnis haben wolle. Durch diese Drohung eingeschüchtert, zog der Angeklagte seine Berufung zurück. Wenige Minuten darauf der Verteidiger eintrat, war die Angelegenheit schon erledigt. Das nennt man Rechtsprechung des Obersten Gerichtshofes des Saargebietes!

Das Genfer Handelsabkommen gescheitert

Erweiterung des englischen Schutzollsystems

Genf, 18. März. Die dritte Zolltarifkonferenz hat kaum zusammengekommen, am Mittwoch ein Schlussprotokoll unterzeichnet, in dem festgehalten wird, daß es der Konferenz nicht gelungen ist, sich über die Frist der Inkraftsetzung des Handelsabkommens zu einigen. Der englische Vorschlag, die Inkraftsetzung zu vertagen, wurde mit 8 gegen 3 Stimmen (Italien, Schweiz und Spanien) bei 2 Enthaltungen angenommen. Die acht zustimmenden Staaten hatten Einstimmigkeit derjenigen Staaten verlangt, die das Abkommen bereits bestätigt hatten (12, darunter Deutschland). Da aber eine solche „Einstimmigkeit“ von vornherein ausgeschlossen war, ist die Konferenz und damit das Abkommen gescheitert.

Zu der Konferenz war man sich klar, daß, nachdem nunmehr die moralischen Bindungen des allgemeinen Handelsabkommens weggefallen sind, zahlreiche Rüdigungen bestehender Handelsverträge erfolgen werden. Die englische Regierung habe durch ihre unangenehme Haltung auf der Konferenz gezeigt, daß sie eine Erweiterung des englischen Schutzollsystems beabsichtige und vorbereite.

Krise in der liberalen Partei Englands

London, 18. März. Auf der für heute abend anderamtent Zusammenkunft der liberalen Unterhausmitglieder dürfte es zu einer entscheidenden Auseinandersetzung kommen. Bei der Abstimmung über die Parlamentsvertretung der Universitäten am Montag haben nämlich 19 Liberale für und

gegen die Regierung gestimmt, während die übrigen nicht anwesend waren. Der Haupteinpeisicher der Partei hat seinen Rücktritt eingereicht. Lord George soll einschließen sein, der unerträglichen Lage ein Ende zu machen, und der Partei ein Ultimatum zu stellen.

Deutscher Reichstag

Der Reichspostbetrieb

Berlin, 18. März.

Der Reichstag hat den kommunistischen Nichtanerkennungstrag gegen Dr. Cartius und die Mißbilligung der kolonialen Wiederbeileidigung Deutschlands gegen die Stimmen der Kommunisten abgelehnt.

Die 2. Lesung des Reichshaushaltsplans wird dann fortgesetzt beim Haushalt des Reichspostministeriums. Der Haushaltsauschuss fordert u. a. eine Senkung der Fernspreckgebühren für Wenigsprecher.

Reichspostminister Dr. Schädel gab eine Darstellung der Entwicklung der Deutschen Reichspost im letzten Jahre. Der Anfall an Einnahmen infolge des Tiefstands der Wirtschaft sei nach Möglichkeit durch größte Wirtschaftlichkeit auf allen Gebieten weitgemacht worden. Zur Postverföschung des flachen Landes waren Ende des laufenden Rechnungsjahres etwa 1150 Landkraftposten mit 14 700 Poststellen und 2400 Postagenturen vorhanden. Das Kraftpostnetz umfaßte rund 2340 Linien mit etwa 45 600 Kilometer Streckenlänge. Im Sommer 1930 wurden 110 Luftpostlinien benutzt; im letzten Winter 26 Linien. Die Verkehrsteigerung bei der Luftpost belief sich auf 58 vom Hundert gegenüber dem Jahre 1929. Die Zahl der Postbediensteten hat nahezu eine Million erreicht. Der Gesamtumfang ist aber um rund 8 Milliarden auf 130 Milliarden gestiegen. Im Telegraphenwesen wurden die Vereinfachungsmaßnahmen fortgesetzt. Das Bildtelegraphenwerk wurde ausgebaut und der Ferntelegraphenverkehr erweitert. 10 Kurzwellensender sind in Rauen und 4 Kurzwellensender in Boelich in Betrieb genommen worden. Die Zahl der Rundfunknehmer steigerte sich bis Ende 1930 auf rund 35 Millionen. Großsender sind noch geplant in den Sonderbezirken Berlin, Breslau, Hamburg, Leipzig und München. Das Fernfabelnetz wurde um 9000 Kilometer auf über 10 000 Kilometer erweitert. Für 1931 sind Fernspreckseetabel von Pflau nach Eibau und zwischen Deutschland und Dänemark (4. Verbindung) geplant. Das Beschaffungsprogramm der Reichspost belief sich 1930 auf 410 Millionen Reichsmark. Dazu traten noch Zusatzaufträge in Höhe von 200 Millionen Mark. Bezüglich der Rationalisierung werde das Tempo verlangsamt, soweit es nur irgend angängig sei, um den Arbeitsmarkt nicht zu belasten.

Ende 1930 waren über 25 000 Maschinen aller Art und nahezu 1800 mechanische Förderanlagen in Betrieb. Zum Schluß hob der Minister die Einrichtung der neuen Laufbahn der Post-Jungboten für den einfachen Postbetriebsdienst hervor. Diese Laufbahn ist ausschließlich den Volksschülern vorbehalten. Der Minister sollte dem Personal Anerkennung und Dank für die im letzten Jahr in opferfreudiger Pflichterfüllung geleistete Arbeit.

Abg. Biedermann (Eoz.): Die politische Entwicklung im Vorkörper der Post mache ganz schwere Sorgen. Bei allen Veranstaltungen der Nationalsozialisten ständen die Postbeamten in allererster Linie. Glaube der Minister vielleicht, sich mit seiner Nachsicht die Außenballerlaubnis im Dritten Reich zu erwerben? Der Minister habe die Pflicht, in diesen Fällen weit schärfer durchzugreifen.

Abg. Kampshulte (Z.): Die Postverwaltung habe dafür Sorge zu tragen, daß die Rundfunkpro-



gramme in den einzelnen Ländern politisch, kulturell und stiftlich einwandfrei seien. Der Beamte habe in erster Linie dem Staate zu dienen.

Abg. Torgler (K.) tritt für Ermäßigung der Rundfunkgebühren ein. Die Hoffnung des Ministers auf eine günstige Wirtschaftsentwicklung werde sich als vollkommen irrig erweisen. Die Reichspost solle eine 40stündige Woche einführen.

Abg. Mollath (Wirtschaftsp.) wünscht vom Minister zu erfahren, welche Gelder durch die Rationalisierungsmaßnahmen bei der Post erspart seien. Sollte es sich nicht um viele Millionen handeln, so müßte man es lebhaft bedauern, daß so viele Menschen ohne greifbaren Nutzen aus dem Produktionsprozess ausgeschaltet worden seien. Redner tadelt die Aufwendung von 7 Millionen Mark für das neue Rundfunkgebäude.

Aus Stadt und Land

Regold, den 19. März 1931.

Allein ist eine furchtbare Tragik. Haben wir uns damit abgefunden, so werden wir glücklich sein. „Nichts“ ist unmöglich. Bleibt uns scheinbar nichts, beginnt ein neues Ziel.

Landwirtschaftlicher Bezirksverein Regold

Am Samstag, den 7. ds. Mts. fand im Gasthaus zum „Anker“ in Regold eine Vorstandssitzung statt, wobei die Vorstandsmitglieder beinahe vollständig anwesend waren. Als Stellvertreter für den durch Krankheit am Erscheinen verhinderten Vorsitzenden Hrn. Hirschw. Kleinert, begrüßte Herr Gemeindefleher Kalmbach, Egenhausen, die anwesenden Mitglieder. Als Hauptpunkt der Tagesordnung stand die Viehverwertung zur Debatte. Gemeindefleher Kalmbach berichtete zunächst über den derzeit sehr schlechten Absatz von Schlachtvieh und stellt den Antrag, daß von Seiten des Landw. Bezirksvereins zur leichteren Ermöglichung des Abjages von Schlachtvieh die Landwirtschaftliche Viehverwertung Stuttgart Schritte unternommen werden sollen. Nach lebhafter Aussprache über diesen Gegenstand kam folgender Beschluß zu Stande:

„Auf vielseitigen Wunsch der Landwirte des Bezirks hat sich der Landw. Bez. Verein entschlossen, den Landwirten die Möglichkeit zu bieten, ihr Schlachtvieh durch die Viehverwertung Stuttgart abzusetzen.“ Zu diesem Zwecke hat sich Herr G. Schnelder in Aiensteg (Gesellschaftsführer der Bezugs- und Abfallgenossenschaft Regold u. Umgebung) bereit erklärt, Anmeldungen von Schlachtvieh für den Transport an die Viehverwertung Stuttgart entgegenzunehmen. Nähere Bedingungen für die Anlieferung von Schlachtvieh, sowie Formulare für die Anmeldungen werden den Obmännern der Landw. Ortsvereine in den nächsten Tagen zugehen. Nachdem die Wahlperiode für die Bezirksfarrenschau am 30. April ds. Js. abgelaufen ist, sind hierfür wieder zwei Herren zu wählen. Es wurde beschlossen, als ordentliches Mitglied Herrn Karl Pöhler, Güllingen und als Stellvertreter Herrn Karl Linf, Tröleshof wiederzuwählen.

Der Weidverein Altnuifra hat darum nachgefragt, ihm den von der Viehweide Unterschwandorf nach im Besitz des Vereins befindlichen Brunnenzoo abzutreten. Nach kurzer Aussprache wurde beschlossen, dem Weidverein Altnuifra fraglichen Brunnenzoo unentgeltlich abzutreten, jedoch unter der Bedingung den bisherigen Standort des Brunnenzoo auf seine Kosten ordnungsmäßig in Stand zu setzen. — Aus verschiedenen Gründen ist die Abhaltung einer außerordentlichen Generalversammlung notwendig. Nach kurzer Beratung wurde beschlossen, diese am Samstag, den 28. März ds. Js., nachm. 3 Uhr im Gasthaus zum Pöden in Schönbrenn abzuhalten mit folgender Tagesordnung: 1. Vorstandswahl. 2. Vortrag von Herrn Dekonomierat Häcker über Düngung. 3. Genossenschaftliche Viehverwertung.

Als Presse für die aus der Winterschule abgehenden Schüler sollen wie im Vorjahr auch für die Zukunft aus der Vereinskasse eine Anzahl Obstbäume zur Verfügung gestellt werden. Weiter wird der Winterschule, bezw. Herrn Dekonomierat Häcker für den Sommer 1931 zu Verfügungsweden ein Betrag von 20—30 RM zur Verfügung gestellt. Nach kurzen Schlussworten dankte der Vorsitzende den Anwesenden für ihre treue Mitarbeit. — Bezüglich der Viehverwertung wird noch ganz besonders auf die Anzeige in der heutigen Ausgabe hingewiesen.

Zur Einstellung von Postjungboten

wird uns vom hiesigen Postamt mitgeteilt:

Wie in den Zeitungen schon veröffentlicht wurde, beschäftigt die Deutsche Reichspost als Nachwuchs für den unteren Dienst heuer sogenannte Postjungboten einzustellen. Für ganz Württemberg ist die Zahl der Einstellenden auf 15 festgesetzt. — Die Bewerber müssen zwischen 14 und 15 Jahre alt sein, eine abgeschlossene Volksschulbildung besitzen, körperlich und geistig vollkommen gesund, auch ziemlich kräftig sein und namentlich gut lesen und hören können. Gesuche um Einstellung sind bis spätestens 10. Mai an das Postamt, in dessen Bezirk der Bewerber wohnt zu richten. Dem Gesuch sind beizufügen: 1. Geburtsurkunde oder Geburtschein, ein vom Bewerber selbst verkäufert mit der Hand geschriebener Lebenslauf, das letzte Schulzeugnis und — falls der Bewerber schon einige Zeit aus der Schule entlassen ist — lädenlose Führungs- und Beschäftigungszeugnisse für die Zeit nach der Schulentlassung. Bewerber, welche für die Einstellung in Betracht kommen, müssen sich einer psychotechnischen Eignungsuntersuchung u. — wenn sie auch hierin genügen — einer körperlichen Untersuchung unterziehen. Die Dienstzeit dauert 3 Jahre und muß bei einem Postamt mit mindestens 30 Dienstjahren (also nur bei größeren Beamten) verbracht werden. Als Beihilfe zum Unterhalt erhalten die Postjungboten im 3. bis 19. Beschäftigungsmonat je 20 RM, vom 20. Monat ab 25 RM. Während der ersten zwei Monate (Probepelt) wird keine Beihilfe gewährt. Der Postjungbote ist frankenversicherungspflichtig und hat der Volkstrentenkasse beizutreten.

Herrenberg, 18. März. **Wettwechiel.** Das Anwesen der Firma Hermann Küdiger, Eisenwarenhandlung in Herrenberg ist um den Kaufpreis von 30 600 RM. in das Eigentum der Frau Dr. Richm Witwe übergegangen.

Freudenstadt, 18. März. **Benützung der Turnhalle** durch politische Parteien Betreffs der Ueberlassung der Stadthalle für politische Vereinigungen trat der Gemeinderat folgende Bestimmungen: Bei politischen Versammlungen darf grundsätzlich kein Wirtschaftsbetrieb stattfinden. Jeder politischen Partei wird die Stadthalle (ebenso wie schon jethier den Vereinen und auch den religiösen Verbänden) jährlich nur einmal zur Abhaltung einer Versammlung überlassen. Eine Sonderregelung tritt in Kraft, wenn Wahlen ausgeschrieben werden; dann soll jede Partei noch einmal die Stadthalle bekommen.

Freudenstadt, 18. März. **Reichsbanner auch in Freudenstadt.** Auch in Freudenstadt ist nun eine Ortsgruppe des Reichsbanners gegründet worden. Die sozialdemokratische „Schwarzw. Volkswacht“ schreibt in ihrer letzten Nummer: „Zahlreiche Republikaner haben sich auch hier in Freudenstadt zu einer Ortsgruppe des Reichsbanners Schwarz-rot-gold zusammengeschlossen. Die politische und technische Leitung liegt in guten Händen. In Kürze wird eine Versammlung Gelegenheit zu öffentlichem Auftreten geben.“

Freudenstadt, 19. März. **Wildjagd im Murgtal.** Allenthalben hört man über das Ueberhandnehmen von Wildjagden klagen. Rudel von 15—20 Stück sind keine Seltenheit. In Sulzbach bei Gernsbach haben sich die ungeliebten Gäste infolge des hohen Schnees bis zu den Wohnungen heruntergelassen und unternehmen bis dorthin ihre Streifzüge. Dieser Tage sind Jäger den Säuen auf den Leib gerückt. Sie haben aber nur eine kleine Anzahl zur Strecke bringen können. Auch in den Kaldenbronner Forsten sind stärkere Tiere in Gesellschaft von 10 bis 12 Stück beobachtet worden. Das Wild hat anscheinend die harten Schneewochen mit einigem Glüd überstanden. Rehe und Hirsche ziehen wieder auf die langsam freierwerdenden Höhen zurück.

Gehdingen, 18. März. **Vom Viederkranz.** Mit dem 27. Gaukreisfest des „West-Gaus“ des Schwäb. Sängerbundes, das dem hiesigen Viederkranz übertragen wurde u. v. 6. bis 8. Juni ds. Js. stattfindet, wird das 90jährige Jubiläum des Vereins, sowie ein großer Gesangswettbewerb in und außer Gau verbunden. Daß beim Wettgefang in jeder Klasse, ob Volks- oder Kunstgefang, eine starke Konkurrenz zu erwarten ist, dafür bürgt wohl der weit über die Grenzen des „West-Gaus“ hinaus bekannte Gehdinger „Viederkranz“, als auch dessen Chorleiter. Die Festleitung trifft alle Maßnahmen, um jedem Teilnehmer in unserem sehr schon gelegenen Ort einen angenehmen und gemühtreichen Aufenthalt zu gewährleisten. — Da der Gehdinger Viederkranz schon verschiedentlich mit den „Regoldgäu“-Vereinen bei dessen Gaufesten in Fühlung stand, wird derselbe nicht fehlgehen in der Annahme, auch von dieser Seite unterstützt zu werden. — Eine Festhalle größeren Umfangs ermöglicht es jedem Besucher, bei jeder Witterung den Darbietungen zu folgen. Der Delegiertag findet am 12. April statt.

Gerichtssaal

Urkundenunterdrückung.

Tübingen, 18. März. **Erweitertes Schöffengericht.** Ein recht bedauerliches Verbrechen hat sich der 46 Jahre alte verheiratete Postkassier D. in W. zuzuschulden kommen lassen. D., schon lange Jahre im Staatsdienst, zuerst beim Telegraphenbauamt, wo er schließlich zum Aufseher aufstieg, und seit 9 Jahren bei der Post als Postkassier, hat am 27. Dezember v. J. 2 Amerikabriefe in denen er offenbar Geld vermutete, sich angeeignet. Er nahm die Briefe abends mit heim und befehlt sie über den Sonntag bei sich. Einen der Briefe hat er nachweislich geöffnet, ihn aber, als er sah, daß nichts darin war, am Montag wieder auf das Postamt mitgenommen, nachdem er ihn wieder mit Gummi verschlossen hatte, von wo aus er dann bestellt wurde. Von dem zweiten Brief weiß man nichts, offenbar hat er ihn seines Geldinhalts beraubt und dann vernichtet. D. verteidigte sich sehr ungeschickt, er gab nämlich an, er habe die Briefe mitgenommen, um sie abends dem Adressaten noch zu bringen, das sei aus reiner Gefälligkeit geschehen. Von dem anderen Briefpersonal wurde schon seit längerer Zeit bemerkt, daß Amerikabriefe heimgeführt wurden, doch kam man nicht auf die Spur. In diesem Fall aber bemerkten zwei Postkassier die beim Briefverlesen waren, wie D. einige Briefe in seine Koststasche steckte. Es erfolgte daraufhin nach einigen Tagen die Vernehmung des Denglger durch seine Vorgesetzten; anfänglich leugnete er, gestand aber schließlich und bat ihn, er möchte ihn schonen. Das ging selbstverständlich nicht, denn der Beamte war verpflichtet, seiner vorgelegten Behörde zu berichten. Am 16. Januar wurde D. außer Dienst gesetzt. Von dem

als Sachverständigen der Verhandlung anwohnenden Kriminalinspektor von Stuttgart wurde einwandfrei nachgewiesen, daß der Brief mit einem Bleistift geöffnet und hernach wieder mit Gummi verschlossen wurde. Das Urteil lautete: D. wird wegen eines Verbrechens der gewinnfächtigen Urkundenbeseitigung im Amt in Tateinheit mit einem Vergehen der Urkundenunterdrückung zu der gesetzlichen Mindeststrafe von 1 Jahr Zuchthaus verurteilt.

Legner zum Tode verurteilt

Regensburg, 17. März. Vor dem Regensburger Schwurgericht begann heute der Nordprozess gegen das Ehepaar Legner aus Leipzig. Infolge des Antrags verfügte der Gerichtspräsident eine Sperrung nicht nur des Sitzungssaals, sondern auch des ganzen Justizpalastes, so daß auch alle Auswärtigen nur mit Eintrittskarten Zutritt erhielten. Die Verteidigung Legners liegt in den Händen des Rechtsanwalts Sauter-München, Frau Legner wird vom Rechtsanwalt Dr. Strauß-München vertreten. Die Angeklagten befinden sich schon seit einem Jahr in Untersuchungshaft. Die Anklage lautet bei Legner auf Mordverbrechen und Mord in Tateinheit mit Verleumdungsbruch, bei Frau Legner auf Beihilfe.

Legner, ein junger Mann von 24 Jahren, war Vertreter eines Münchner Verlags in Sachfen. Da seine Stellung nur wenig Verdienst abwarf, beschäftigte er sich bald mit verbrecherischen Gedanken, um ein Leben ohne Sorgen führen zu können. Im Oktober 1929 verschaffte er sich bei vier Versicherungsgesellschaften in der Höhe von etwa 145 000 Mark für seinen Todesfall. Am 21. November fuhr Legner im Kraftwagen von Leipzig in der Richtung München. Auf der Fahrt nahm er einen Handwerksburschen mit Namen Alois Orner zu sich in den Wagen. Bei Gelmersheim in der Nähe von Ingolstadt tuschete er ihm einen Autounfall vor. Er ließ ihn unter den Wagen kriechen, und als er wieder hervorkam, schlug ihn Legner mehrmals auf Kopf und Schultern. Doch konnte Orner trotz seiner schweren Verletzungen in den nahen Wald entfliehen. Legner fuhr nun wieder zurück nach Leipzig und wehte seine Frau in das Wirtshaus des Pöden ein.

Wenige Tage später fuhr Legner zum zweitenmal von Leipzig fort, diesmal von seiner Frau vor besserer Durchführung des Verbrechens mit einer Urte gemahlten Pfeffers versehen. Am 26. November gegen 5 Uhr abends nahm Legner in der Nähe von Saareuth wiederum einen Handwerksburschen in seinen Wagen, dessen Name und Herkunft bis heute unbekannt ist. Wenn Alois Orner vor Regensburg spiegelte Legner seinem Reisegefährten vor, er müßte Öl nachfüllen. Er stieg aus, bog den Wagen mit Benzin und zündete ihn mit einem Streichholz von hinten an. Seinem unglücklichen Opfer war es nicht mehr möglich, den Wagen zu verlassen, und er verbrannte bis zur Unkenntlichkeit. Die Leiche wurde nach Leipzig gebracht und dort als Legner von seiner „Muttergeborenen“ Gattin zu Grabe geleitet. Unmittelbar nach der Beerdigung forderte Frau Legner von den Versicherungsgesellschaften die Versicherungssummen. Legner war inzwischen nach Straßburg geflüchtet. Vor und während der Verhandlung vorher belagert. Ein Telefongespräch das er mit seiner Gattin führte, wurde von der Polizei, die inzwischen Verdacht geschöpft hatte, mit angehört. Das Ehepaar wurde verhaftet und nach Regensburg gebracht. Zu der Verhandlung sind 21 Zeugen und fünf Sachverständige geladen.

Legner hat vielleicht noch mehr auf dem Gewissen. Er lebte früher eine Zeitlang mit seiner Schwiegermutter in Döden (Sachsen) zusammen und überredete sie zu einer unverhältnismäßig hohen Lebensversicherung. Kurz darauf starb die noch rüstige Frau und Legner zog die Versicherungssumme ein.

Frau Legner gab vorbehaltlos zu, von den Plänen ihres Mannes Kenntnis gehabt zu haben, will ihnen aber niemals zugestimmt haben. Legner habe sie hypnotisch beeinflusst.

Mehr als bestialische Rohheit bewies Legner in der Verhandlung. Auf die Frage des Vorsitzenden, wie er zu seinen Verbrechen gekommen sei, antwortete er: Er habe seine magenranke Schwiegermutter bewegen können, ihr Leben zu versichern zu lassen. Als sie bald darauf „gestorben“ sei, sei die Versicherungssumme von 10 000 Mark anstandslos ausbezahlt worden. Das Geld habe er mit seiner Frau auf Vadereisen verbraucht. Da es mit der ersten Versicherung so glatt gegangen sei, habe er gedacht, wegen 10- oder 12 000 Mark könne man sich schon Öst verschaffen und irgend jemand beseitigen. Daher habe er beschlossen, nun seine eigene Mutter „verschern“ zu lassen. Der Plan sei daran gescheitert, daß die Mutter sich weigerte, sich verschern zu lassen. Dies habe ihn auf den Plan gebracht, nunmehr sich selbst hoch zu verschern und dann einen anderen als Legner sterben zu lassen. Der Vorsitzende verlas dann aus den Vorunterstützungsakten eine Auserzählung Legners dem Untersuchungsrichter gegenüber. Als der Richter ihm die Wiederträchtigkeit des Mords an dem noch unbekanntem Handwerksburschen bei Regensburg vorliest, antwortete Legner: Im Krieg sind Tausende ermordet worden, und da kommt es auf einen mehr oder weniger nicht an.“

Nochmals: „Gefahren für die Waldwirtschaft“

Nachdem am 11. März, Gesellschafter Nr. 58, auf die Ausführungen des Abgeordn. Oberstudiendirekt. Bauer von privater Seite aus den Sägewerksbesitzerkreisen beantwortet wurde, äußert sich nunmehr die Württ. Holzeinkaufsgenossenschaft e. G. m. b. H. selbst. Sie schreibt uns:

In Ihrem Artikel „Gefahren für die Waldwirtschaft“ vom 6. März 1931 geben Sie eine Rede vom Landtagsabgeordneten Bauer (Volkrechts-Partei) aus der Landtags-Sitzung vom 27. Februar bekannt, welche u. a. folgendes enthält:

„Die zu niedrigen Preise werden — das ist nun eine weitere Frage, die heute noch von niemand berührt worden ist — leider zum Teil aus dadurch hervorgerufen, daß die Sägewerksbesitzer sich nunmehr zu einer sehr sitaffen Organisation zusammengeschlossen haben und den günstigen Augenblick entsprechend auszunutzen scheinen. Mir ist wenigstens von sachverständiger Seite mitgeteilt worden, daß gerade auch von hier aus alles versucht werde, um durch ganz niedrige Angebote die Preise noch weiter herabzudrücken. Man möchte doch diesen Kreisen sehr zu bedenken geben, daß es für sie vielleicht auch ein zweischneidiges Schwert sein könnte, wenn sie jetzt die günstige Situation allzusehr auszunutzen würden, und man wird vielleicht auch von der Regierung wünschen müssen, daß sie solchen Versuchen, die augenblickliche Notlage des Waldbesitzes zu einer unerträglichen Herabdrückung der Preise auszunutzen, in wirksamer Weise entgegentritt.“

Herr Landtagsabgeordneter Bauer ist über den Zweck der Holzeinkaufsgenossenschaft, welcher etwa 170 Sägewerke und zwar die bedeutendsten, angeschlossen sind, nicht unterrichtet. Ihr Ziel ist: „Preise für das Nadelstammholz anzulegen, die die Existenz der Sägewerke ermöglichen. Dieses Ziel suchen wir in ehrlicher Verständigung mit dem Waldbesitzer zu erreichen, dessen große volkswirtschaftliche Bedeutung wir erkennen, wenn hier ebenfalls derselbe Wille vorhanden ist.“ (D. G. V. 1930).

Es muß dem Sägewerksbesitzer genau so wie jedem Beamten gestattet sein, sich zusammenzuschließen, um auf einer vernünftigen Grundlage den Einkauf geschlossen durchzuführen. Von dem Herrn Abgeordneten Bauer kann kein Beweis erbracht werden, daß die Holzeinkaufsgenossenschaft bei den von ihr genannten Einkaufspreisen nicht von einer richtigen kalkulatorischen Grundlage ausgegangen ist.

Der Wunsch, daß die Regierung hier eingreift, ist absolut abwegig. Es ist natürlich ausgeschlossen, daß eine Regierung den genossenschaftlichen Zusammenschluß von Mittelstandserzeugnissen — um solche handelt es sich — unterzagen kann. Wir bedauern die Ausführungen des Herrn Abg. Bauer, weil sie weder einer sachlichen Prüfung handhalten, noch auch dazu beitragen, das Vertrauensverhältnis, welches zwischen Waldwirtschaft und Sägewerksindustrie im Interesse beider geschaffen werden muß, herzustellen.

anwohnenden Kri-... wandt drei nach-... ist geöffnet und... wurde. Das Ur-... Verbrechen der ge-... Amt in Lateinbeit... rdrückung zu der... Zuchthaus verur-

Der Staatsanwalt beantragte gegen Lehner wegen Mords an dem Unbekannten in Lateinbeit mit Versicherungs Betrags die Todesstrafe, wegen Mordversuchs an dem Handwerkerbuchsen Orner 12 Jahre Zuchthaus und Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf Lebenszeit. Gegen Frau Lehner wurden wegen Beihilfe zum Mord und gemeinschaftlich verübten Versicherungsbetrags sechs Jahre Zuchthaus beantragt.

Das Urteil.

Regensburg, 18. März. Das Schwurgericht fällt nach einstündiger Beratung folgendes Urteil:

Kurt Erich Lehner ist schuldig des Mords in Lateinbeit mit einem Verbrechen des Versicherungsbetrags und eines Mordversuchs und wird deswegen zur Todesstrafe, außerdem zu 12 Jahren Zuchthaus und Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf Lebensdauer verurteilt.

Frau Emma Vina Lehner ist schuldig der Beihilfe zum Mord in Lateinbeit mit einem Verbrechen des Versicherungsbetrags und wird zu 4 Jahren Zuchthaus und 3 Jahren Ehrverlust verurteilt. Die Untersuchungshaft wird im Falle der Frau Lehner angerechnet. Die Kosten des Verfahrens werden dem Verurteilten auferlegt.

Letzte Nachrichten

Lagerhausbrand in Stuttgart.

Stuttgart 19. März. Gestern nachmittag brach in einem großen aus Holz erbauten Lagerhaus der Speditionsfirma Mannheimer Lagerhausgesellschaft m. b. H. in Stuttgart ein Brand aus. Das Feuer fand in den dort liegenden Warengütern, die den verschiedensten Firmen gehören, vor allem in Altpapier, Dachpappe, Farbe, Wolle, Teeröl, Autoöl, reiche Nahrung. Lichterloh schlugen überall die Flammen empor und griffen auch auf einen zweiten großen Holzschuppen über. In Hilfeleistungen waren sofort sämtliche drei Stuttgarter Feuerwehren erschienen, die mit zahlreichen Strahlrohren die Feuerbrunst bekämpfen. Ueberall schossen Stachlflammen hervor u. mehrfach explodierten Oelfässer, die zum Teil 50 Meter hoch in die Luft geschleudert wurden, so daß die Feuerwehrlente in große Gefahr kamen. Beide Schuppen sind mit allen Vorräten vollständig niederverbrannt. Der Schaden, der nur zum Teil durch Versicherung gedeckt ist, wird auf 150 000 Mark geschätzt. Als Brandursache kommt Brandstiftung in Frage.

Stürmische Anträge in der Hamburger Bürgerchaft. - Senatsklärung zum Nordfall Henning.

Hamburg, 19. März. Troßdem für die gestrige Sitzung der Hamburger Bürgerchaft besondere Vorsichtsmassregeln getroffen waren, entwickelte sich noch vor der Eröffnung der Sitzung eine Schlägerei, an der etwa ein Duzend Mitglieder der radikalen Parteien beteiligt waren. Mit dem Rufe „Mörder raus!“ verurteilten die Kommunisten immer wieder, nationalsozialistische Abgeordnete hinauszuwerfen. Erst das Erscheinen von Polizeibeamten und der Ausschluß einer ganzen Reihe von kommunistischen Abgeordneten machte den wüsten Szenen ein Ende. Stehend hörte das Haus dann die Gedenkrede des Bürgerchaftspräsidenten Leuterich auf den Abgeordneten Henning. Noch einige solcher rohen Nordtaten, erklärte der Redner, und das deutsche Volk verliert seinen Ruf als Kulturvolk.

Der deutsche Staat sein Ansehen als Rechtsstaat und Verfassungstaat. (Und die Fälle in der „Gehehnten Justiz“ ????)

Vor Beginn der Etatsberatung nahm Johann Senatspräsident Bürgermeister Roh das Wort zu einer Senatsklärung, in der es u. a. heißt: Die beiden politischen Bluttaten, die Hamburg in den letzten Tagen erlebt hat und die jeden mit Empörung erfüllen, bewiesen den Grad der Verheerung, der durch jägellose Kampfmethoden erreicht wird. Wenn auch für beide Fälle allein die nationalsozialistische Partei die moralische Verantwortung trägt, eine Verantwortung, die ihr durch keine taktischen Manöver ihrer Führer abgenommen werden kann, so ist doch für die ganze politische Atmosphäre, die solche Taten ermöglicht, selbstverständlich die Maßlosigkeit kommunistischer Demagogie mitverantwortlich. Verantwortlich für die Bluttaten sind allein diejenigen, die nicht durch christliche Mitarbeit bemüht sind, die Rot der Gegenwart zu überwinden. Solchen zerstörenden Kräften setzen wir die Staatsgewalt gegenüber, und wir werden, wenn es notwendig ist, auch diejenigen zu erfassen wissen, die als Mitläufer oder geheime Nutznießer die zu bekämpfenden Bewegungen unterstützen. In dieser Zeit heißt es: Wer nicht für den Staat ist, der ist wider ihn, und wer wider den Staat ist, gegen den ist auch der Staat.

Die Konferenz der Innenminister in Berlin am Mittwoch ergab Übereinstimmung in der Auffassung, daß es notwendig sei, der ständig wachsenden Verheerung und Ausschreitung in politischer und kultureller Hinsicht mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln entgegenzutreten. Dr. Wirth hat sich in diesem Sinn mit dem Reichslanzler besprochen. U. a. soll ein Verbot der Nationalsozialistischen Partei erwogen werden sein.

Handel und Verkehr

Rußland kauft gebrauchtes Eisenbahnmateriel. Von russischer Seite sind Verhandlungen mit der Reichsbahn über den Ankauf von etwa 5000 gebrauchten Lokomotiven (hauptsächlich Güterlokomotiven) und 3000-10 000 Wagen (in der Hauptsache gebaute Güterwagen) eingeleitet worden. Bei den Lokomotiven handelt es sich um einen Verkaufswert von 25-30 Mill. Mk., wogegen die Kosten der in Deutschland auszuführenden Montage von der deutschen Normalspur von 1,435 Meter auf die russische Spur (1,524 Meter) kommen. Diese Umstellungsarbeiten sollen sich auf 10-12 000 Mk. je Lokomotive, so daß sich der Gesamtbedarf für die Lokomotiven dadurch um 5-6 Mill. Mk. erhöhen dürfte. Von den Güterwagen soll eine beschränkte Anzahl neu hergestellt werden. Die Russen verlangen, daß für das Geschäft das Reich die Ausfallbürgschaft von 60-70 u. A. übernehme.

Zahnarztanstaltungen. Altenburger Glasbläser H. G. Konfers. - Autoversandfirma W. Hees G. m. b. H. in Regensburg. - Möbelfabrik J. Lewinson Söhne, Landberg a. Warthe. Schulden 350 000 Mk.

Schweinepreise. Buchau a. J.: Milchschweine 20-25, - Schlingen a. d. D.: Ferkel 15-25, Läufer 40-45, Mutterchweine 130-160. - Kitzlegg: Ferkel 19-25. - Waldsee: Milchschweine 18-22, Läufer 30-32. - Bühlertann: Milchschweine 17-24. - Ellwangen: Milchschweine 15-22, Läufer 30-37. - Laupheim: Mutterchweine 135, Milchschweine 16-24 u.

Fischpreise. Kalen: Regen 13.30-16.30, Belzen 14.80-16, Roggen 10-10.20, Gerste 12-12.50, Haber 8.50-9.60, Eierparitäten 28, Hühner 12-14.

Halter Pferdemarkt am Montag, Zutrüb 138 Pferde, darunter 9 Fohlen. Der Handel war sehr lebhaft. Verkauf wurden etwa die Hälfte mit einem Umsatz von rund 35 000 M. Für bessere Zuchtstiere legte man 1100-1300 M. an, für mittlere 700-1000, für geringere 500-600 und für Fohlen 200-300 M. Die Zusammenlegung der Ausstellung landwirtschaftlicher Maschinen und des Pferdemarkts auf dem Hauptplatz hat sich im großen ganzen bewährt.

Holzverkäufe in Württemberg. In der zweiten Woche des Monats März wurden bei den Holzverkäufen aus den württ. Staatswaldungen folgende Erlöse erzielt: Radelstammholz im Schwarzwald Fichten und Tannen 68, Forchen und Lärchen 74 Prozent der Landesgrundpreise, Unterland Fichten und Tannen 63-74, Forchen und Lärchen 62-76 Prozent, Nordostland Fichten und Tannen 67-84, Forchen und Lärchen 86 Prozent, Schwäb. Alb Fichten und Tannen 62-107,5 Prozent, Oberschwaben Fichten und Tannen 59-61 Prozent, Baubstammholz Eichen 86 bis 116 Prozent, Rothbuchen 77-94 Prozent, Eichen 76-102, Tannen 89-103 Prozent, Ulmen 68,5-69, Erlen 92, Linden 79 Prozent. Brennholz-Berkeule vom 2. bis 13. März: Bauholz 8179 Km., Radelholz 22 900 Km. Durchschnittserlös 87 Prosz. gegen 87-92 Prozent im Februar.

Der Stuttgarter Baum- und Pflanzenmarkt auf dem Garnisonparkplatz findet am Dienstag, 21. März, statt. Neben dem Marktverkehr ausgeschlossen. Jeder Verkäufer von Obstbäumen hat an keinem Verkaufstand ein Schild oder Plakat mit deutlich lesbarer Firmenbezeichnung anzubringen. Jeder Obstbaum muß deutlich mit dem richtigen Sortennamen ausgezeichnet sein.

Stand der wichtigeren Tierheulen in Württemberg. Am 15. März 1931 war der Milchbestand in 5 Oberämtern mit 5 Gemeinden und 3 Gehöften, die Fäulbrut der Bienen in 1 Oberamt mit 1 Gemeinde und 1 Gehöft, die Maul- und Rußreue in 9 Oberämtern mit 23 Gemeinden und 37 Gehöften, die Räude der Schafe in 1 Oberamt mit 1 Gemeinde und 1 Gehöft verbreitet. Ferner treten auf die Schweinefleuche und Schweinepest in 2 Oberämtern mit 2 Gemeinden und 2 Gehöften, die Kopfräude der Pferde in 22 Oberämtern mit 34 Gemeinden und 34 Gehöften, sowie die eustehende Blatarmut der Pferde in 23 Oberämtern mit 54 Gemeinden und 63 Gehöften.

Zwangsversteigerung. Im Weg der Zwangsversteigerung zum Zweck der Aufhebung der Gemeinshaft ist das Bahnhofhotel 111 m zur Versteigerung auf Montag, 4. Mai, nachmittags 3 Uhr, im Anstichzimmer 76, Neuer Bau in Württ. im Amtsblatt ausgeschrieben. Die Grundstücke einschließlich der letzten Hotelanrichtung wurden am 9. März 1931 gemeindefreilich geschätzt auf 480 000 M., das Wirtschaftsinventar zu 41 100 M. Der Besitzer Michael Berger ist vor einem Vierteljahr gestorben.

Wetter

Schneefrost beherrscht die Wetterlage, so daß für Freitag und Samstag weiterhin vielfach heiteres und trockenes Wetter zu erwarten ist.

Gestorbene: Ottilie Haug, Operationschwester, Stammheim - Maria Möst, Witwe, geb. Müller, 82 Jahre alt, Forst - Friedrich Günther, Alt-Totengräber, 81 Jahre alt, Baiersbrunn.

Lotteriegeld. Garantiert nächsten Donnerstag, 26. März, findet die Ziehung der beliebten Württ. Geld- und Pferde-Lotterie statt. 6767 Geldgewinne und 3 Pferde mit 16 000 M. kommen zur Auspielung. Auf 10 Lose (fortf. Endzahlen) mindestens 1 Gewinn garantiert. Die letzten Lose zu 1 Mk., 17 St. 13 Mk. sind noch durch die bekannten Verkaufsstellen zu beziehen. Generalvertrieb: J. Schneider, Stuttgart, Marktstr. 6 und Königsstraße 1, Postfachkonto Stuttgart 2955.

Die heutige Nummer umfaßt 6 Seiten

den Plänen ihres... nen aber niemals zu... ch beeinflusst.

Lehner in der Ver-... den, wie er zu seinen... er: Er habe seine... können, ihr Leben... rauf „gestorben“ sei...) Mark anstandslos... mit seiner Frau auf... ersten Versicherung... gegen 10- oder 12 000... lassen und irgend je... blossten, um seine... ften. Der Plan sei... weigerte, sich ver... Plan gebracht, nun... und dann einen an-... re Vorstehende verlas... eine Neußerung Leh-... er. Als der Richter... an dem noch un-... nsburg vorbittet, ant-... nde ermordet worden... weniger nicht an."

paft"

er ist über den Zweck... etwa 170 Säge-... geschlossen sind, nicht... das Radelstamm-... Sägewerke ermögli-... Verftändigung mit... hohe volkswirtschaft-... hier ebenfalls der... 1930).

genau so wie jedem... anzuschließen, um auf... Einkauf geschlossen... ordneten Bauer... daß die Holzverkauf... genannten Einkaufspri-... torischen Grundlage

er eingreift, ist abfo-... hlossen, daß eine Re-... mmenichluß von Mit-... telt es sich - unter-... hrungen des Herrn... jachlichen Prüfung... das Vertrauensver-... haft und Sägewerks-... en werden muß, her-

Überall fabrikfrisch!



74 GROSSFILIALEN die durch den Ova-Expresdienst mit den Ova-Fabriken unmittelbar verbunden sind, versorgen ganz Deutschland täglich mit FABRIKFRISCHEN REEMTSMA CIGARETTEN



OVA EXPRESSDIENST

Überall fabrikfrisch! EINHEITS PACKUNG 50s GROSSPACKUNG MK 1-50



Landwirtsch. Bezirksverein Nagold e. V.

Auf vielseitigen Wunsch hat sich der Verein entschlossen, den Landwirten des Bezirks die Möglichkeit zu bieten, ihr

Schlachtvieh

durch die Viehverwertung Stuttgart abzugeben.

Zu diesem Zwecke hat sich Herr G. Schneider in Altensteig (Geschäftsführer der Bezugs- und Abnahmegesellschaft Nagold und Umg.) bereit erklärt, Anmeldungen zur Anlieferung von Schlachtvieh entgegenzunehmen und für Bereitstellung der erforderlichen Eisenbahnwagen Sorge zu tragen.

Nähere Bedingungen, sowie Formulare für die Anmeldungen werden den Domännern der Ortsvereine in den nächsten Tagen zugehen. Goll. telefon. Anfragen bei Herrn G. Schneider, Altensteig, unter Tel. Nr. 65.

Der Vorstand.

KAFFEE HAG

der vorzügliche, coffeinfreie echte Bohnenkaffee jetzt nur noch

RM. 1.62 das große Paket RM. 0.81 das kleine Paket

Stets frisch bei:

Friedrich Schmid Vorstadt.

Morgen Freitag von 2-6 Uhr bringe ich im Gasthof „Löwen“ in Nagold einen größeren Posten

Rest-Tapeten

zum Verkauf. Die Preise sind um über 50% ermäßigt, daher jetzt die günstigste Gelegenheit zum Frühjahrseinkauf. 8. B. 10 Rollen mit Borten von A 3.50 an.

Herrn. Schieferer, Heilbronn, Tapetengroßhdlg.



Hört es alle! Liebe Hausfrauen!

bleibt bei der guten

LOBA-BEIZE, aber probiert doch auch einmal die anderen LOBA-Sachen!

LOBA-POLITUR für Möbel, Türen, Ledersachen. Sie reinigt famos und gibt zugleich leinsten Glanz.

LOBALIN macht die Böden klar und erfrischt sie.

LOBA-WACHS ist gehaltvoll und macht Linoleum und Parkett spiegelblank!

Die an den Singabenden benötigten Sing- und Liederhefte sind vorrätig in der Buchhandlung Zaiser, Nagold

Das Leben

Ist trotz mancher Sorge dem Gesunden eine Freude, dem Kranken aber eine Last. Deshalb trinken Sie jetzt im Frühjahr eine der 4 Sorten des im In- und Ausland seit Jahren berühmten

Rhöner Gebirgskräuter-Tee.

Nr. 1 Gegen Gicht, Rheumatismus, Nierens- und Harnsteine, Arterienverhärtung, Magen- und Darmbeschwerden, Appetitlosigkeit, Nieren- und Blasenleiden usw.

Nr. 2 Gegen Kopfschmerzen, Bluthochdruck, Krampfadern, geschw. Beine, Wasserleiden, Fettleibigkeit etc.

Nr. 3 Gegen Grippe, Husten, Verschleimung, Bronchitis, Allergien, Nervenleiden etc.

Nr. 4 Zur Blutreinigung und Verbesserung, gegen Schlaflosigkeit, Nervosität und Hautunreinigkeiten.

Kaufen Sie keinen Tee bei Hausmüllern oder Reisenden! Holen Sie sich in der Apotheke 1 Paket „Rhöner Gebirgskräuter-Tee“. Derselbe ist in hervorragendem Maße heilkräftig, dabei sehr wohlschmeckend und billig und wird von allen, die ihn kennen, jedem andern vorgezogen. Er hat Tausenden geholfen und hilft auch Ihnen.

Zu haben in Nagold in der Apotheke.

Neben-Erwerb

für Damen durch unv. Vertretung. Bei guten Auskäufen Kommissionsware Versandt. Erzgebirgischer Strumpf-Abeliten G.m.b.H. Berlin-Tempelhof, L.



Heute abend 8 Uhr wieder Baby-Regel Schützen im „Bären“

Frische Seefische



Kabeljau o. Kopf p. No. 25 J Schellfische Fischfilet

Frisch eingetroffen: Vollfett-Büchlinge ff. Sprotten

Wilhelm Frey

Einen Wurf schöne, angefüllte 752

Milchschweine

sowie ein Paar

Läuferschweine

verkauft Samstag 11 Uhr

Schön, Jnsel.

Foroleum

der Zellstoffkäufer mit unerreichtem Honfskante D.R.P. 504.353 Preis 30 Pfg. per Meter bei 100 Zentimeter Breite als Fußbodenbelag zu Dekorationszwecken als Wandbespannung

G. W. Zaiser, Nagold.



Auf Freitag empfiehlt frische Seefische sowie Fisch-Filet Gottlieb Lutz, Fischer

Hochprozentigen Feldgips

verkauft 222 Rich & Schaberle Gilitstein, Hebringerstr.

5 Wagen Mist

verkauft 753 Otto Roller, Schmierplatz 1

LUGER

Frische Seefische

eingetroffen Fischfilet Kabeljau 751 Vollfett-Büchlinge Riefer Sprotten

IhrSchicksal 1931/32

Wissenschaftl. Charakterisierung. Geburtsdatum angeben. Probestest, umsonst. Rückporto erheben. Kassenlog. Deutschendauer Hamburg 8, Dorsatzstr. 2.

Einheirat

in neuer Kundenliste oder Gollhof, suche ich auf diesem Wege eine passende Dame. Vermögen etwa 15000. A erforderlich. Zuschriften mit Bild unter Nr. 127 an Vermittler Post 4. N.

Die große Sanella Überraschung für alle Hausfrauen

Beim Kauf von 1 Pfund Sanella 1/2 Pfund (ein halbes Pfund) GRATIS



35,8 das 1/2 Pfund

DIE FEINE - PREISWERT WIE KEINE MARGARINE

Die Geschäfte, in welchen die Sanella-Gutscheine eingelöst werden, sind durch unsere Plakate kenntlich gemacht.



283 - 118

Württemberg

Stuttgart, 18. März.

80. Geburtstag. Am Montag feierte Frau Fuchs, die Mutter von Dr. Franz Fuchs, Manners Nachfolger im Königshaus, ihren 80. Geburtstag.

Der Fall Baylitz. Die Verhandlung vor dem württ. Staatsgerichtshof über die von der Deutschnationalen Volkspartei eingereichte Anfechtung der Landtagsmitgliedschaft des Kultministers Dr. Baylitz findet am Freitag, den 20. März, vormittags 9.30 Uhr im Sitzungssaal der früheren Ersten Kammer statt.

Stuttgart, 18. März. Mit dem Gewehr im Anschlag am hellen Tage auf der Straße. Ein nicht ungewöhnliches Bild bot sich heute nachmittags gegen 4 Uhr den Passanten der Spohrer- bzw. Gerberstraße, wo sich ein 27jähriger Arbeiter mit dem Gewehr im Anschlag postierte.

Jam Fall Wolf. Die Gerichtliche Pressestelle teilt uns mit: In den Hinweisen auf den Fall Dr. Wolf und Dr. Jacobowich, die in einem Teil der Presse täglich erfolgen, sind Unrichtigkeiten enthalten, die — ohne daß es möglich wäre, hier auf alle Einzelheiten einzugehen — zu einer Richtigstellung zwingen.

Totale Mondfinsternis am 2. April. Am Gründonnerstag, 2. April, wird eine totale Mondfinsternis eintreten, die bei guten Wetterverhältnissen besonders gut von den Höhenzügen Süddeutschlands beobachtet werden kann.

Erschossen aufgefunden wurde im Wald bei Rohr a. F. in der Nähe der „Drei Brunnen“ die Leiche einer 55 J. a. Frau und eines 45 J. a. Mannes.

Veresdrama, das sich am Vormittag abgepielt hat. Die beiden Toten stammten aus Stuttgart.

In einem Haus der Neckarstraße wurde abends ein 68 Jahre alter Mann erschossen aufgefunden. Es liegt Selbstmord vor.

Ömünd, 18. März. 21 Prozent Umlage. In einer Sitzung wurde der städtische Haushaltsplan mit einer Umlage von 21 Prozent verabschiedet.

Verbandstag der Konsumvereine. Am 16. und 17. Mai findet hier der zwanzigste Verbandstag der württ. Konsumvereine statt.

Heilbronn, 18. März. 15 Prozent Umlage vorgelesen. Der städtische Haushaltsplan für 1931 ist nach den Grunddaten der Sparanstalt aufgestellt.

Friedrichshafen, 18. März. Der Verbandstag der Schlossermeister Württembergs findet neuer zum erstenmal in Friedrichshafen statt, und zwar am 6. und 7. Juni.

Cindau, 18. März. Handwerk und Reichswehr. In diesem Gewerbetreiben findet gegenwärtig ein Erlaß des Reichswehrministeriums an die Bezirksverwaltungsämter große Beachtung.

Langenau N. Ufm, 18. März. Wassermehr. — Zigarettenindustrie. In Anbetracht der außergewöhnlichen Schneemassen wurde hier eine Wasserwehr gegründet, da bei plötzlich auftretendem Schneesturm oder bei rascher Schneeschmelze erfahrungsgemäß Wasserschaden die Stadt heimsuchen kann.

Aus aller Welt

Zehtageflug um die Erde geplant. Den Weltrekord des „Graf Zeppelin“, der bekanntlich in 12 Tagen den Erdball umflogen hat, will der amerikanische Piloter Will Post auf zehn Tage herunterschrauben.

Der Schmuggel im Kochener Gebiet. Welchen Umfang der Schmuggel in der Kochener Gegend angenommen hat, beweist folgende Tatsache: In den letzten vier Wochen wurden allein von zwei Beamten der Zollabfuhrstelle Köln im Kochener Bezirk 40 Schusswaffen auf frischer Tat erappt; ihnen wurden insgesamt über 300 000 unverschuldeten Zigaretten und mehr als 1500 Päckchen unverschuldeten Zigarettenpapier, sowie Raffee und Tabak abgenommen.



Jahren an der langen Grenze gegen Belgien und Holland täglich getrieben wird und durch den das Reich jährlich um Millionen von Steuern und Zöllen betrogen wird.

14 000 kg. Hummer geschmuggelt. Vor dem Erweiterten Schöffengericht in Köln haben sich zur Zeit 13 Kaufleute, Kraftwagenführer und Arbeiter zu verantworten, die in den Jahren 1927—1929 nicht weniger als 14 000 kg. Hummer lebend und in Dosen von Brüssel nach Köln geschmuggelt haben.

Eine weibliche Strategin. Frau M. Poits, die mit einem jungen Lehrer im Eian Colledge verheiratet ist, hat an der englischen Universität Oxford als erste Frau die Prüfung in Kriegführung und Strategie bestanden.

Er mordung zweier Missionarinnen in China. Aus Yunnanfu (Provinz Yunnan) wird gemeldet, daß zwei amerikanische Missionarinnen, deren Namen noch unbekannt sind, ermordet worden seien.

Auflösung des Flüchtlingslagers in Wölln. Das Flüchtlingslager in Wölln (Hallein), das Ende 1929 von der Reichsregierung zur Aufnahme der aus Rußland auswandernden deutschstämmigen Bauern eingerichtet wurde, ist jetzt aufgelöst worden.

Eine kommunistische „Kulturschau“ geschlossen. Mit dem Reichstagsreife der proletarischen Freiender in Leipzig sollte eine Kulturschau verbunden werden, für die die Verwaltung des österreichischen Messehauses die nötigen Räume zur Verfügung gestellt hätte.

Geschäftliches

— Einzelne dürfen sich nur auf Inzerate beziehen und werden mit 60 Pfennig die Zeile berechnet. —

Verlangen Sie stets Kaffee Hag! Feinheit, Aroma und Geschmack, hervorragende Qualität und gesundheitliche Beschaffenheit sind seine Vorzüge.

Die vom Rauhen Grund

VON PAUL GRABEIN

(Nachdruck verboten.)

(Fortsetzung 43)

Wachte sie denn so wenig von ihm, daß sie das nicht ahnte? Oder ging sie — mit vollem Bewußtsein dessen?

In einem lebendigen Beschwören klammerten sich seine Blicke an sie. Aber seine Lippen blieben fest zusammengeklüppelt.

Und Ele ging wirklich, ohne das Haupt auch nur um eines Haars Breite noch einmal nach ihm zurückzuwenden. Nun verschwand sie hinter den Stämmen.

Er preßte die Hände ineinander, daß jeder Blutstropfen aus den Knöcheln trat. Und nun endlich ein Laut von seinen Lippen. Hart und schrill wie springendes Glas. Dann wandte auch er sich ab, nach der entgegengesetzten Richtung, stürmte vorwärts, irgendwohin. So wühlte er sich tief hinein in die Einsamkeit des Waldes.

Bis die Dunkelheit sich niederstürzte und ihm den Weg verlegte, lief Gerhard Bertsch hoch droben durch den Bergwald. Da mußte er umkehren, notgedrungen.

Als die Lichter von Köding endlich vor ihm aufleuchteten, war es inzwischen völlig Nacht geworden. Vom Kirchturm drunten im Unterdorf schlug es elf.

Die Rückkehr in die Nähe der Menschen, mit all ihrem Zwang, tat nun ihre Wirkung. Als ob er sich schäme, daß er sich so stundenlang seinem Schmerz hingeeben, kam eine schneidende Bitterkeit über ihn und ein wilder Trotz. Ein brechendes Verlangen nach irgendeiner Tat, um sich und ihr zu zeigen: Es war vorbei mit dem kurzen Karrenwahn.

So schritt er durch das Dorf hin, das schon in tiefem Schummer lag. Es reizte seinen grimmigen Hohn auf. Hilfslos, alle miteinander! Jetzt ein paar rechte Kumpans hier haben, Desperados wie die Kerls da drüben überm großen Wasser, und dann ein Beckern, voll bachantischer Rafferei, mit graulichem Kerventischel. Wüste Erinnerungsbilder schossen in seinem zuckenden Hirn auf: der kaltblaue Morgenstern über jahren, trunkengebundenen Gesichtern. Hallo, Sonja, die Wette gilt! Drei Schuß nach

dem Pfeifenstummel in deinem Munde. Treff ich, hast du verloren — eine Runde Whisky. Fehl ich auch nur einmal, zahl ich drei!

So brandete es in ihm, wie er durch die nachtdunkle Dorfstraße hinschritt.

Nun bog er ab in das stille Seitengäßchen, das von hinten her zum Hirschen führte. An den Gärten mußte er hier vorbei. Von allen Seiten schlug ihm der warme, duftgeschwängerte Hauch der Sommernacht entgegen.

Was das für eine Luft war! So seltsam schwül und schwer.

Er ritz den Hut vom Kopfe, aber dennoch lag keine Brust den süßbetäubenden Nimm der tauenden Blüten ein. Gierig fast. Auf seine zuckenden Nerven legte es sich, sanft, schmeichelnd, wie eine weiche Frauenhand! Wohlthuend, aber zugleich auch namenlos aufreizend.

Er war jetzt am Hirschen angelangt. Köngs der Gartenmauer des Grundstücks ging er hin. Aber plötzlich stutete er. Was war das für ein leises Rascheln gerade über ihm?

Ein Besinnen kam ihm, ein Erinnern. Sein Blick glitt nach oben. Ueber der Mauerbrüstung sah er es im Sternlicht weiß aus den dunklen Büschen schimmern. Wie ein weibliches Gewand. Da hielt er den Schritt an.

„Fräulein Reusch?“ Unwillkürlich hatte er die Stimme gedämpft. Und eine sonderbare Spannung schwang in ihm, wie er auf Antwort lauschte.

Nun kam sie. „Ja — ich bins“

Da lehnte er sich ihr zu, deren Antlitz er jetzt auch ungewiß über sich wahrnahm, und legte die Arme auf die Brüstung.

„Was machen Sie denn noch hier am Garten — so spät?“ Eine kleine Pause. Dann die Entgegnung. Kühl, ablehnend — und doch! Seine erregt vibrierende Sinne warten heute hellhörig. Verborg sich da bei ihr nicht etwas, wie sie so gleichgültig hinsagte:

„Ich sitze doch manchmal hier, noch des Abends. Es ist jetzt immer so schwül in den Zimmern. Und ich kann doch noch nicht schlafen.“

„So geht's mir auch!“ Und es zuckte plötzlich etwas in ihm auf. Dunkel, dämonisch. Wenn Sie erlauben — komme ich also noch auf ein Viertelstündchen in den Garten.“

Wieder ein Schweigen. Er fühlte dabei, wie es in seinen Nerven allmählich zu pochen begann. Schneller und stärker — ein lodender, wilder Rhythmus.

Nun hatte sie sich entschieden. Ein Achselzucken: „Ich kann es Ihnen nicht verbieten.“

Wie ein geheimes Frohlocken durchfuhr es ihn. Einlebens glitten seine Arme von der Brüstung, und er ging, zum Gartentürchen. Eine Minute später war er bei ihr. Sie sah auf dem erhöhten Platz an der Mauer, auf der kleinen Bank, die dort unter den Jasminbüschen stand.

„Guten Abend, Fräulein Marga!“

Sie überließ ihm ihre Hand. Die Berührung durchschauerte ihn. Noch nie hatte er es so wahrgenommen, wie weich diese Fingerpitzen waren. Und er hielt sie fest, während er sich neben ihr auf der Mauerbrüstung niederließ.

„Was Sie für wunderbare Hände haben, Fräulein Marga!“

Ein leises Auflachen. Ein feiner, spröder Klang. Doch suchte sie von ihm freizukommen. „Sie dürfen sich Ihre Liebeshwürdigkeiten bei mir ruhig sparen.“

„Warum?“

„Ich weiß nachgerade, was ich davon zu halten habe.“ „Das müssen Sie mir erst erklären.“

Nur fester noch umschlossen seine Hände ihre gegen ihn ankämpfenden Finger.

„Alles ist Ihnen nur Laune, Augenblicksstimmung.“ „Kennen Sie mich wirklich so schlecht, Fräulein Marga?“

„Vielleicht können Sie auch anders sein — anderswo. Aber was kümmert das mich? Ich bin mir jedenfalls zu gut für ein Spiel.“

Gewaltsam wollte sie ihm die Rechte entreißen. Aber wie mit eisernen Klammern hielt er sie. Der Streich hatte getroffen in die noch zuckende Wunde. Lodernd brannte alles wieder in ihm auf. Sein zerrütteter Mannesstolz, seine zerrütete Liebe. Und plötzlich ein dämonisches Durchbrechen aus den Tiefen dunkler Triebe heraus.

„Sie irren, Marga.“ Säh beugte er sich vor. „Kein Spiel. Ich meine es, wie ichs sage.“ Ganz kalt wurde die schmale Hand in der seinen.

„Wie soll ich Ihnen das glauben?“ „Fühlen sollen Sie's!“ Und plötzlich brannten seine Lippen auf ihren Fingern.

Sie sprang empor. „Herr Bertsch!“

„Marga, ich war ein Narr — war blind. Du bist so schön!“

(Fortsetzung folgt.)



Nus Handwerk und Gewerbe

Hans Thoma über das Handwerk

Nach meiner Meinung kann eine richtige Befreiung unseres so zerrissenen Volkswesens nicht durch Melioration, durch geistreiches Spintisieren über die Weltverhältnisse, durch Klüppeln an den Ordnungen, die sich durch das Zusammenleben der menschlichen Gesellschaft herangebildet haben, erreicht werden. Wohl aber könnte der Anfang zu einer Besserung in der wiedererwachenden Arbeitsfreude, wie sie von jeher in den Handwerkskämpfen gelebt hat, dazu beitragen, uns wieder inneren Frieden zu bringen, weil dieser Handwerker Arbeitslust auf der uns schier verloren gehenden Herzensfrölichkeit beruht. Ja, so ein eifriger Handwerker ist von seinem Tun so ganz erfüllt, daß er darüber alle Misere des Lebens vergessen kann. Das Werk seiner Hände, es sei auch in den Augen der fast immer hochmütigen Weltmeinung noch so gering, ihm, dem Schöpfer desselben, ist es lieb, er freut sich daran, daß er mit seinen Händen, vielleicht auch mit seiner Seele, einer Materie sichtbare Form geben konnte, die immerhin ein Zeugnis unseres Menschentums ist.

Die Frauen und das Handwerk

Loni Landauer, Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft evgl. Hausfrauen Württembergs, Gammstadt:

Wir unterstützen die Bestrebungen des Handwerks und begrüßen es, daß durch die Reichshandwerkwoche der soliden Arbeit wieder zu ihrem Rechte verholfen werden soll. Wir werden das Unrige tun, die evangelischen Hausfrauen in dieser Richtung zu beeinflussen und hoffen zuversichtlich, daß das Handwerk durch Zuverlässigkeit und geschäftliche Bereitschaft die Zusammenarbeit erleichtert.

Luisa Witt, M. d. L. für die Hausfrauenvereine des Kathol. Deutschen Frauenbundes, Stuttgart:

In wirtschaftlich schwerer Zeit tritt das deutsche Handwerk hinaus in die breitere Öffentlichkeit, um alle Volksgenossen an seine Bedeutung im Wirtschaftsprozess zu erinnern. Für die Hausfrauen ist diese Kundgebung von besonderer Bedeutung, weil die handwerksmäßige Leistung Qualitätsleistung ist und die Hausfrau gerade in einer Zeit der Geldknappheit gewissenhaft darauf hinzuwirken hat, daß die vorhandenen Mittel nur für solide Ware und für gut ausgeführte Arbeit ausgegeben werden. Auch für Instandsetzungsarbeiten ist die gediegene handwerkliche Leistung jeder im rationalisierten Massenbetrieb getätigten vorzuziehen. Wenn dann noch in Betracht gezogen wird, daß im handwerklichen Betrieb fast nur inländisches Rohmaterial verwendet wird und es sich um die Beschäftigung einer solid ausgebildeten Arbeiterschaft handelt, so kann man nur wünschen, daß die Hausfrauen in ihrem Teil dazu beitragen mögen, die Verhältnisse des deutschen Handwerks wieder auf einen gesünderen wirtschaftlichen Boden zu stellen und es so einer neuen Blüte entgegenzuführen.

Förderung des Baugewerbes

Bauwirtschaft und Gebäudeverschuldungssteuer

Mit banger Sorge sehen die zahlreichen Handwerkszweige, die hauptsächlich von der Bauwirtschaft leben, den kommenden Monaten entgegen. Die Geschäftsaussichten sind auf diesem ganzen weiten Gebiet bis jetzt so schlecht, daß die meisten Betriebe nicht im entferntesten ausreichend Arbeit bekommen. Ein großer Teil der Baugewerbetreibenden verfügt z. B. sogar nicht einmal noch über einen einzigen Auftrag. Es ist nicht zu bezweifeln, daß die weitgehenden gesetzlichen Eingriffe im Wohnungswesen zu einem Teil zu der ungünstigen Entwicklung der Bauwirtschaft wesentlich beitragen und sie in ihrer freien Entfaltung hemmen.

Gerade in einer Zeit, wo die Geldbeschaffung für den Wohnungsbau infolge der Verhältnisse auf dem Kapitalmarkt an und für sich sehr schwierig ist, kann man es im Bauhandwerk nicht begreifen, daß die Mittel, die dieses Jahr aus dem Ertrag der Gebäudeverschuldungssteuer hierfür zur Verfügung gestellt werden, noch wesentlich geringer sein sollen als bisher. Im württ. Staatshaushalt für 1931 rechnet man mit einem Aufkommen aus dieser Steuer von 23 Mill. RM., davon sollen 18,000 Millionen für allgemeine Staatsbedürfnisse verwendet werden und die Wohnungskreditankalt nur 6,7 Mill. zur Finanzierung von Bauvorhaben bekommen. Das Handwerk betrachtet allerdings diese Steuer, wie sie durchgeführt wird, in ihrer einseitigen Belastung eines bestimmten Kreises von Gebäudebesitzern als höchst ungerecht und zwar durchaus nicht aus egoistischen Gründen; es will mit einer solchen Einstellung die Beziehungen zu anderen Kreisen, die von der Gebäudeverschuldungssteuer befreit sind, keineswegs fördern. Sondern es empfindet diese Steuer überhaupt als Ungerechtigkeit und volkswirtschaftlich schädlich und ist deshalb für eine völlige Befreiung derselben immer wieder eingetreten und zwar durch reichbreitlich vorgeschriebenen systematischen Abbau.

Interessant ist und gibt doch manches zu denken für jeden, der die Sachlage ganz unboreingenommen prüft, daß die gesamten staatlichen Einnahmen aus der Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer für 1931 auf zirka 20 Mill. RM. angesetzt sind, demnach über 2 Millionen RM. weniger als die Gebäudeverschuldungssteuer einbringen. In Württemberg hat das besondere Bedeutung, namentlich auch für den Handwerker, da fast jeder Hausbesitzer ist und von dieser Steuer außerordentlich stark betroffen wird.

Der Steuerausschuss des Reichsverbands des deutschen Handwerks und des Deutschen Handwerks- und Gewerbetammertags hat der Meinung Ausdruck gegeben, neben der Gewerbesteuer die Frage der Gebäudeverschuldungssteuer in den Mittelpunkt der Verhandlungen zu stellen. In einer Eingabe des Württembergischen Handwerkskam-

meriums vom Januar 1930 an die württ. Staatsregierung wurde betont, daß ihr Abbau sobald wie nur möglich wegen ihrer inneren Ungerechtigkeit mit allen Mitteln angestrebt werden müsse. Solange sie aber bestehe, sei es unbedingt notwendig, sie von ihren unerschöpflichen Härten zu befreien. Sollte ihr gesamtes Aufkommen nicht dem Wohnungsbau zugeführt werden, so wäre sie in dem Maße zu erniedrigen, als sie nicht für Wohnungsbaupurposes Verwendung findet. Die an sich schon in dieser Steuer liegende Ungerechtigkeit wurde dadurch noch vergrößert, daß die aus der Gebäudeverschuldungssteuer fließenden Beträge gar nicht für den bei Erlass des Gesetzes gekennzeichneten Zweck benutzt wurden, sondern zum großen Teil für den Finanzbedarf der Länder und Gemeinden herhalten mußten. Schon im Jahre 1925 hat der Ausschuss für Wohnungs- und Siedlungsfragen des vorläufigen Reichswirtschaftsrates Zeitfänge angenommen, die verlangen, daß von den Mitteln der Gebäudeverschuldungssteuer (Hauszinssteuer) 80 Prozent zu gering verzinslichen Darlehen für Neubauten, 15 Prozent zu zinslosen Darlehen für die Wiederinstandsetzung der alten Wohnungen und 5 Prozent zur Unterstützung zahlungsfähiger Mieter verwendet werden. Diese Zeitfänge haben auch heute noch ihre Bedeutung nicht verloren.

Es wäre an der Zeit, daß die maßgebenden Stellen auf die aus weitesten Kreisen des Handwerks kommenden Versicherungen der Mißbilligung und Enttäuschung über die Gebäudeverschuldungssteuer und ihre Durchführung hören, nachdem alle Bemühungen der berechtigten Vertretungen bisher nur wenig Berücksichtigung gefunden haben. Die Beträgerung im Handwerk über diese Steuer ist wohl begründet und verständlich, da sie eine der drückendsten ist. Sie darf aber nicht dazu führen, die eigenen Organisationen dafür verantwortlich zu machen, wenn bisher ein



Deutsches Handwerks-Verband
25. bis 27. März 1931

größerer Erfolg in der Sache ausbleiben. Entschieden wird über die Aufrechterhaltung, Änderung und Durchführung des Gebäudeverschuldungssteuergesetzes in erster Linie im Reichstag. Und hierfür muß immer auch eine Mehrheit vorhanden sein. Die Vertretungen des Handwerks werden die politischen Parteien in nächster Zeit wiederum um bestimmte Erklärungen angehen, wie sie sich zu den offensichtlich großen schädlichen Auswirkungen und Ungleichheiten der Gebäudeverschuldungssteuer stellen, insbesondere ob sie bereit sind, entsprechende Maßnahmen auf gesetzgeberischem Wege in die Wege zu leiten.

Das württ. Finanzministerium hat auf Anfrage erklärt, daß nach den reichsgesetzlichen Bestimmungen die bisher dem Wohnungsbau zugewiesenen Hauszinssteuer-mittel um die Hälfte gekürzt werden müssen. Eine Ausnahme sei nur vorgesehen für Länder, die unter einer besonders großen Wohnungsnot leiden. Zur Entscheidung steht also die Frage, ob die frei werdenden bisherigen Wohnungsbau-mittel zur Realisierung oder zur Deckung des Finanzbedarfs Verwendung finden.

Von allgemeinen Steuererleichterungen wird wohl in nächster Zeit nach Auffassung des Handwerks nichts zu erwarten sein. Der vom Reichstag festzusetzende Finanzhaushalt wird noch einige Zeit auf sich warten lassen. So ist die Tatsache festzustellen, daß die Gebäudeverschuldungssteuer in der Hauptsache für die allgemeinen Finanzbedürfnisse des Staats Württemberg Verwendung findet. Nun wird zwar immer erklärt, daß der ursprünglich vorgelegene Entwurf eines Steuerbereinigungs-gesetzes eine weitere Erhöhung dieser Steuer für Württemberg gebracht hätte, daß in der Notverordnung vom 1. Dezember 1930 jedoch davon Abstand genommen worden sei. Ferner wird erwähnt, daß der Staat Württemberg seinen Haushaltsplan nicht ausgleichen könne, wenn die Gebäudeverschuldungssteuer in Höhe von 16 Millionen RM. anfallen würde. Es darf aber darauf aufmerksam gemacht werden, daß die Gebäudeverschuldungssteuer seinerzeit durch die 3. Steuer-notverordnung des Reichs vom 24. Februar 1924 als eine ausgesprochene Zwecksteuer eingeführt worden ist. Den Ländern wurde hier die Ermächtigung gegeben im Zusammenhang mit der Regelung des Mietwesens, von dem bebauten Grundbesitz eine Geldwertverminderungsgleichsteuer zu ihren Gunsten zu erheben. Gemäß § 33 der 3. Steuer-notverordnung sollte die Mietzinssteuer nicht über den 31. März 1928 hinaus erhoben werden, ja es war sogar vorgesehen, daß die Reichsregierung mit Zustimmung des Reichsrats die Abgabe schon zu einem früheren Zeitpunkt außer Kraft setzen konnte. Der Erhebungszeitraum war also von vornherein nur als begrenzt gedacht; daran muß festgehalten werden. Eine Verewigung würde nicht nur eine Ungerechtigkeit bedeuten, sondern auch rein wirtschaftlich gesehen, nicht zu vertreten sein.

Das mindeste ist, daß die Gebäudeverschuldungssteuer von ihren größten Härten gereinigt wird. Und wenn sich augenblicklich eine Mehrheit im Reichstag für die Aufhebung nicht findet und sie vorläufig bestehen bleibt, dann ist es doch nicht mehr als billig, daß ihr Ertrag in großem Umfang auch dem Baunarkt zugeführt wird. An einer möglichst weitgehenden Verwendung der Gebäudeverschuldungssteuer für den Wohnungsbau sind nicht nur die Haus- und Grundbesitzer und die Bauwirtschaft, sondern auch die Mieterkreise auf das lebhafteste interessiert. Es sollte deshalb eine parlamentarische Mehrheit gefunden werden können, die eine stärkere Heranziehung des Ertrags

aus der Gebäudeverschuldungssteuer statt für andere Zwecke für den Wohnungsbau festsetzt. Bei jeder Gelegenheit wird betont, daß das Baugewerbe als Schlüsselgewerbe anzusehen sei und daß seine Förderung in erster Linie eine Wiederbelebung der Wirtschaft ermögliche. Wenn es ausreichend Arbeit bekommt, werden ohne Zweifel damit für alle möglichen Berufe viele Arbeitsmöglichkeiten geschaffen und so die Arbeitslosigkeit am wirksamsten zurückgedrängt. Dabei hat dies noch den ganz unschätzbaren Vorteil, daß Werte geschaffen werden und erhalten bleiben. Die ganze Volkswirtschaft hat also den größten Nutzen davon. Im Handwerk ist man der Auffassung, daß diese Steuer kein Hemmnis für die Belebung der Bauwirtschaft sein darf und daß es Sache der Regierung und der gesetzgebenden Körperschaften ist, entsprechend zu handeln und dazu die notwendigen Maßnahmen zu treffen. Das würde bedeuten, daß der Ruf „Abbau des Handwerks“ auch ja im Zeit umgekehrt wird.

Kommunale Versorgungswirtschaft

Von Dr. Reusch, Hannover.

Generalsekretär des Deutschen Handwerks- und Gewerbetammertages

Die Frage der wirtschaftlichen Betätigung der Kommunen und der gesamten öffentlichen Hand steht seit Jahren nicht nur im Mittelpunkt der Erörterungen des selbständigen Unternehmertums, sondern der gesamten Öffentlichkeit. In den nachstehenden Ausführungen sei vornehmlich von der grundsätzlichen Einstellung des Handwerks ausgegangen.

Das deutsche Handwerk vermag die Notwendigkeit der Errichtung städtischer zentraler Beschaffungsstellen und ebenso auch die Notwendigkeit zum Abschluß von Monopolverträgen mit einzelnen Firmen nicht einzusehen. Ganz abgesehen davon, daß bei Abschluß eines Monopolvertrages einer der Bevorzugten und die übrigen Gewerbetreibenden die ausgeschlossenen sind, die auch die wirtschaftlichen Nachteile zu tragen haben, ist keine Gewähr dafür gegeben, daß entsprechende Vorteile für die Stadtverwaltungen eintreten. Die gegebene Monopolstellung reizt zu leicht zu einer nicht gerechtfertigten Ausnutzung der vertraglich gewährten Vorteile. Die Auswirkungen des Konkurrenzstumpfes sind ausgeschlossen und damit auch ein wichtiger Faktor zur Regulierung der Preise. Die im freien Wettbewerb stehende Wirtschaft wird meistens in der Lage sein, zu günstigeren Preisen und angemesseneren Bedingungen zu liefern als eine bevorzugte Stelle, die dem Wettbewerb entzogen ist. Geht die Initiative des privaten Unternehmers dem Willen nach Gewinn und Selbsterhaltung, er bleibt jedoch stets durch den Konkurrenzstumpfes gezwungen, gute Leistungen zu angemessenen Preisen anzubieten. Durch den freien Wettbewerb wird immer eine gesunde Kontrolle gewährleistet, die gerade bei der Vergabe städtischer Aufträge nicht unzulänglich ausgeübt werden sollte. Eingehende Nachprüfung sollte zudem eine der wesentlichen Voraussetzungen kommunaler Selbstverwaltung sein, dies umso mehr, als letztere über öffentliche Beträge verfügt und nicht leichtfertig mit dem Geld der Steuerzahler umspringen darf. Aus all dem angeführten Gründen kann es eben nur als ein Uebelgriff städtischer Verwaltungen bezeichnet werden, wenn sie eigene Stellen zum Warenverkehr einrichten oder Monopolverträge abschließen. Das Handwerk fordert mit gutem Recht, daß für den Warenbedarf der Gemeinden ebenso wie für die Vergabe städtischer Arbeiten ein möglichst großer Kreis von Gewerbetreibenden herangezogen und gegebenenfalls die Verteilung der Aufträge auch so vorgenommen wird, daß sich auch der Handwerker daran beteiligen kann. Durch ein solches Vorgehen bewahren sich die Gemeinden selbst vor großen Nachteilen.

Deute wird ja von vielen trotz der nachteiligen Erfahrungen einer immer größeren Ausdehnung der kommunalen Betriebe das Wort geredet. Das Handwerk bekennt sich als Gegner dieser geforderten kommunalen Selbstversorgung, denn noch immer ist nicht bewiesen, daß die öffentlichen Betriebe für die Verbraucherschaft günstiger arbeiten als die private Wirtschaft. Dafür bereiten sie letzterer größte Konkurrenz, die um so drückender und schädlicher empfunden werden muß, als öffentliche Betriebe auf dem gesamten Steueraufkommen aufbauen, zu dem auch die von der Konkurrenz betroffenen Gewerbetreibenden ihre Beiträge leisten müssen. Außerdem erfreuen sie sich steuerlicher Vergünstigungen, die die private Wirtschaft nicht hat. Vielfach wird die Errichtung städtischer Betriebe auch aus politischen Absichten heraus gefordert, um so die „organische Entwicklung der Gemeinde“ und die „Umformung der Wirtschaft im Sinne der Gemeinwirtschaft“ vorzubereiten und damit zugleich wieder die Versuche zur Kommunalisierung und Sozialisierung weiter zu treiben.

Grundsätzlich muß noch bekannt werden, daß die Betätigung der öffentlichen Hand in dem vorliegenden zunehmenden Ausmaß weder als notwendig noch als nützlich bezeichnet werden kann. Wo soll es hin führen, wenn bereits vor mehr als Jahresfrist darüber Klage geführt werden mußte, daß die Städte vor der Errichtung eigener Betriebe, eigener Bekleidungsverwaltungen, eigener Buchbindereien, eigener Installationsabteilungen bei den städtischen Gas- und Elektrizitätswerken, vor der Errichtung eigener Bäckereien und Schlachtereien nicht zurückschreckten?

Das Handwerk kann die Betätigung der Gemeinden auf wirtschaftlichem Gebiet nur dort als zulässig erachten, wo es sich um die Versorgung der Bevölkerung mit lebenswichtigen Gegenständen und Leistungen handelt, die der private Unternehmer nicht ebenso gut und ebenso preiswert stellen kann.

Das Blühen der Gemeinden ist untrennbar mit dem Gedeihen der in den Gemeinden betriebenen Wirtschaft verbunden. Deshalb bleibt es wichtigste Aufgabe der Gemeinden, jede Schwächung der Wirtschaftskraft zu vermeiden und sich immer wieder der Tatsache bewußt zu werden, daß es das Wesen jeder öffentlichen Verwaltung ist, wie der Rame sagt, zu verwalten, nicht aber zu wirtschaften.

Fachliteratur für jeden Beruf

ist zu beziehen durch:

Buchhandlung Kaiser, Magold
Man verlange kostenlos Verzeich-
nis über Fachliteratur.

